

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Hessens Landkreise fordern Sitz im HR-Rundfunkrat ein

Vor dem Hintergrund der aktuellen Landtagsberatungen über die Fortentwicklung des Hessischen Rundfunks hat der Hessische Landkreistag für die 21 hessischen Landkreise seine Erwartung formuliert, zukünftig im Rundfunkrat des Senders berücksichtigt zu werden. Im Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen ist vorgesehen, den Rundfunkrat des HR als arbeitsfähiges und unabhängiges Aufsichtsgremium zu stärken und seine Zusammensetzung stärker an der bestehenden Pluralität der Gesellschaft auszurichten.

Der Hessische Landkreistag hält es für dringend geboten, endlich auch den kommunalen Spitzenverbänden in Hessen jeweils einen Platz im Rundfunkrat zu gewähren, wie dies in den Rundfunkräten anderer Senderanstalten (z.B. Bayerischer Rundfunk und Südwestrundfunk) schon lange üblich ist. Die Berücksichtigung kommunaler Belange als der Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern politisch am nächsten steht, durch kommunale Vertreter im Rundfunkrat ist nur beim Hessischen Rundfunk bislang ausgeschlossen.

Der Hessische Landkreistag appelliert deshalb an den Hessischen Ministerpräsidenten und die im Landtag vertretenden Fraktionen, sich für eine Berücksichtigung der Landkreise, aber auch der Städte und Gemeinden im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks stark zu machen.



**Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,**

die hessischen Landkreise repräsentieren Dreiviertel der Bevölkerung und 97 % der Fläche des Landes Hessen. Die örtlichen Verantwortungsträger sind dem Wohl ihrer Bürgerschaft, nicht jedoch Einzelinteressen verpflichtet. Der Hessische Landkreistag fordert deshalb für sich und die anderen kommunalen Spitzenverbände jeweils einen Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks.

Die weiteren Artikel behandeln verbandsinterne Themen sowie die Forderungen des Verbandes zur Änderung der Landesverfassung.

Bei der Lektüre dieses Newsletters wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr Erich Pipa

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- HLT-Präsidium benennt kommissarische Vizepräsidenten
- Hessischer Landkreistag positioniert sich im Verfassungskonvent
- Keine neue Obergrenze für Kreis- und Schulumlage

KURZ NOTIERT SEITE 03

- Landräte-Seminar in Berlin
- 10 Jahre Haus der kommunalen Selbstverwaltung
- Ehemaligentreffen in Usingen
- Beitritt zur Landesrahmenvereinbarung Prävention

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Verbandsspitze des Deutschen Landkreistages bestätigt – Landrat Vogel zum Vizepräsidenten gewählt
- 100 Jahre Landkreistag – Bundeskanzlerin gratuliert zum Jubiläum

PERSONALIEN / TERMINE

SEITE 04

HLT-Präsidium benennt kommissarische Vizepräsidenten



Horst Hannich



Wolfgang Männer

Seit dem 30. Juni 2016 sind Herr Kreistagsvorsitzender Horst Hannich (Landkreis Hersfeld-Rotenburg) und Herr Kreistagsvorsitzender Wolfgang Männer (Main-Taunus-Kreis) kommissarisch Vizepräsidenten des Hessischen Landkreistages. Zusammen mit Herrn Präsidenten Landrat Erich Pipa und Herrn Ersten Vizepräsidenten Landrat Bernd Woide bilden sie ab sofort das geschäftsführende Präsidium des Hessischen Landkreistages. Die förmliche Wahl zu den beiden Vizepräsidenten wird satzungsgemäß in der Mitgliederversammlung des Hessischen Landkreistages am 18. November 2016 in Bad Orb erfolgen.

Hessischer Landkreistag positioniert sich im Verfassungskonvent

Der Hessische Landtag hat die Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ eingerichtet, die regelmäßig tagt. Auch der Hessische Landkreistag ist in der Enquetekommission vertreten und kann so unmittelbar Vorschläge einbringen. Im Fokus der hessischen Landkreise liegen hierbei Artikel 137 und 138 der Verfassung des Landes Hessen.

Nach entsprechender Beratung hat sich das Präsidium bei seiner Septembersitzung hierzu positioniert. So soll das in Artikel 137 Absatz 6 verankerte Konnexitätsprinzip insbesondere um eine Verpflichtung des Landes auf auskömmliche Finanzierung auch von Aufgaben, die vom Bund und der Europäischen Union übertragen werden, ergänzt werden. In Artikel 137 soll außerdem zusätzlich eine Kostenfolgeabschätzung und ein Klagerecht der Kommunen bei Verletzungen des Kostenausgleiches vorgesehen werden.

Neu in die Verfassung aufgenommen werden soll eine 2,5 %-Hürde für Kommunalwahlen. Das Präsidium will da-

durch die sich aktuell verstärkende Zersplitterung der Kreistage abwenden und auch zukünftig die Funktionsfähigkeit der zu wählenden Kommunalvertretungen gewährleisten.

In den Landkreisen sind bis zu 9 Listen in die Kreistage eingezogen. Auch gibt es einzelne Abgeordnete in den Vertretungsorganen der kommunalen Gebietskörperschaften. Durch das vermehrte Auftreten derart kleiner Gruppierungen wird nicht nur allgemein die Arbeit in den kommunalen Gremien, sondern darüber hinaus auch die Mehrheitsfindung erschwert. Dass in zahlreichen Gebietskörperschaften die Bildung von stabilen Mehrheiten (bis hin zu „Regierungskoalitionen“) erschwert worden ist und teilweise nicht zustande gekommen ist, war und ist zunehmend zu beobachten.

Die kommunalen Spitzenverbände werden diesen Forderungen an die Enquetekommission richten. Der Ausgang der Beratungen hierzu bleibt abzuwarten.

Keine neue Obergrenze für Kreis- und Schulumlage

Sowohl Hessischer Städtetag als auch Hessischer Städte- und Gemeindebund haben Kritik am Gesamtniveau der Kreis- und Schulumlagen der hessischen Landkreise geübt und intensiv die Forderung nach einer neuen Obergrenze für diese beiden Umlagen erhoben, welche bei 52 % (HStT) bzw. 53 % (HSGB) gezogen werden sollte.

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat diese Forderung mit Entschiedenheit zurückgewiesen und das Land aufgefordert, von der Einführung einer neuen Obergrenze abzusehen. Die Geschäftsstelle hat in einer umfangreichen Stellungnahme an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport herausgearbeitet, weshalb eine neue Obergrenze im Lichte des reformierten KFA-Regimes rechtlich fragwürdig, in jedem Fall systemwidrig und schlichtweg unpraktikabel ist.

Die problematischen Auswirkungen der Obergrenzen zeigen sich auch in den Ergebnissen der Untersuchung der Kassenkreditlage der Landkreise in Hessen. Danach resultieren diese in erster Linie aus Altdefiziten und liegen weit über den Werten der Städte und Gemeinden in Hessen. Ein Grund für diese Tatsache ist nach fester Auffassung der Geschäftsstelle und Auswertung erster Gesichtspunkte, dass die Landkreise durch die bis einschließlich 2015 geltenden Obergrenzen nicht in der Lage waren, die notwendigen Einnahmen für die verpflichtenden Aufgaben zu generieren.

Da die Kreis- und Schulumlage im Prinzip die einzige Einnahmemöglichkeit ist, würde eine Deckelung zu einem weiteren Anstieg der Defizite führen.

Landräte-Seminar in Berlin



Zum Austausch über aktuelle Entwicklungen der Bundespolitik fahren die hessischen Landrätinnen und Landräte jedes Jahr zum Landräte-Seminar nach Berlin. Das Seminar hat sich für die 21 hessischen Landräte zu einer wichtigen Informations- und Austauschplattform zwischen Vertretern der kommunalen, Landes-, Bundes- sowie europäischen Ebene entwickelt. In diesem Jahr fand das Seminar unmittelbar vor der parlamentarischen Sommerpause statt. Mit Unterstützung des Deutschen Landkreistages konnten viele wichtige Themen mit interessanten Gesprächspartnern erörtert werden.

Mit dem Hauptgeschäftsführer des DLT, Herrn Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, wurden insbesondere Finanzfragen (Bundesmittel für die Kommunen) sowie das Integrationsgesetz mit Neuregelungen für die bessere Einbindung von Flüchtlingen in die Gesellschaft besprochen. Daran anknüpfend wurde mit dem Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Herrn Gerhard Grandke, die derzeitige Entwicklung im Banken- und Sparkassenwesen erörtert. Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, berichtete von aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene und der Rolle der Bundesrepublik Deutschland. Im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur stand die Verkehrsinfrastruktur im Mittelpunkt.

Das Seminar wurde u. a. abgerundet durch ein Gespräch mit ZDF-Hauptstadtkorrespondent Dr. Frank Buchwald über die Bundespolitik im Spiegel der Medien und das Gespräch mit Frau Staatssekretärin Dr. Emily Haber im Innenministerium über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen.

10 Jahre Haus der kommunalen Selbstverwaltung

Am 1. September 2016 jährte sich zum zehnten Mal der Einzug in das Haus der kommunalen Selbstverwaltung. Hessischer Städtetag, Hessischer Landkreistag und die GVV-Kommunalversicherung wechselten von unterschiedlichen Gebäuden in die unmittelbare Nähe von Landtag, Staatskanzlei und zahlreichen Ministerien. Dies war Anlass für eine kleine interne Feier im Foyer des Hauses.

In ihren Reden hoben Präsident Pipa und die Redner der Partner hervor, dass sich alle mit dem Zusammenzug ver-

bundenen Erwartungen erfüllt hätten: Das Haus hat sich fest als Anlaufstelle der Städte und Landkreise und als Tagungsort etabliert und ist als Einrichtung nicht mehr hinweg zu denken. Der Austausch der Verbände wurde optimiert und die kommunalen Stimmen so gebündelt. Durch die zwischenzeitliche Aufnahme des Verbandes kommunaler Unternehmen Hessen konnte ein weiterer wichtiger Partner gewonnen werden, wie der Präsident in seinen Ausführungen betonte.

Ehemaligentreffen in Usingen

Die ehemaligen Landräte, Kreistagsvorsitzenden und HLT-Direktoren trafen sich in diesem Jahr in Usingen.

Schwerpunkt des gemeinsam verbrachten Nachmittages war die Besichtigung der Erdfunkstelle Usingen, eines 140 Hektar großen Geländes im Taunus, auf dem zahlreiche bis zu 19 Meter große Parabolantennen und andere Geräte untergebracht sind. Diese sind mit zahlreichen Satelliten verbunden und werden u. a. zur Wetterbeobachtung eingesetzt.

Darüber hinaus wurden unter dem Vorsitz des Präsidenten aktuelle Verbandsthemen erörtert. Breiteren Raum nahm hierbei insbesondere die Frage ein, mit welchen Forderungen der Verband in den Beratungen der Enquetekommission zur Änderung der Hessischen Verfassung antreten sollte.

Beitritt zur Landesrahmenvereinbarung Prävention

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat in seiner Sitzung am 15. September 2016 den Beitritt zur Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung der nationalen Präventionsstrategie in Hessen erklärt.

Die Landesrahmenvereinbarung Prävention war vom Land Hessen am 1. April 2016 gemeinsam mit den Verbänden der Krankenkassen und den Trägern der Renten- und Unfallversicherung unterzeichnet worden. Eine wesentliche Bestimmung der Vereinbarung ist die Gründung eines gemeinsamen „Dialogforums Prävention“ als permanente Plattform zur Umsetzung der Landesrahmenvereinbarung. Dessen Hauptaufgabe besteht insbesondere darin, über die Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekte sowie deren Ergebnisse zu berichten, deren Ziele zu evaluieren und Ziele sowie Handlungsfelder in der Prävention weiterzuentwickeln.

Ein Beitritt der Kommunalen Spitzenverbände war jedoch ausdrücklich erwünscht. Das Präsidium konnte gleichzeitig mit dem Beitritt zur Landesrahmenvereinbarung die Vertreter/innen des Hessischen Landkreistages im Dialogforum und deren fachliche Begleitung benennen.

Verbandsspitze des Deutschen Landkreistages bestätigt – Landrat Vogel zum Vizepräsidenten gewählt



Die Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages hat Landrat Frank Vogel (Erzgebirgskreis) einstimmig für die Dauer von zwei Jahren zu einem von vier Vizepräsidenten gewählt. Darüber hinaus wurden Präsident Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) sowie die Vizepräsidenten Landräte Rolf Christiansen (Landkreis Ludwigslust-Parchim), Bernhard Reuter (Landkreis Göttingen) und Joachim Walter (Landkreis Tübingen) für zwei weitere Jahre in ihren Ämtern bestätigt.

100 Jahre Landkreistag – Bundeskanzlerin gratuliert zum Jubiläum

Der Deutsche Landkreistag hat in Berlin gemeinsam mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel den Festakt zu seinem 100-jährigen Bestehen begangen. In ihrer Rede würdigte die Kanzlerin die Arbeit und die Leistungen des Deutschen Landkreistages und ging auf die Aufgaben und die Bedeutung der Kommunen bei den aktuellen politischen Herausforderungen ein. Sie sagte: „Der Deutsche Landkreistag ist für die Bundesregierung ein unentbehrlicher Partner.“

In ihrer Rede betonte sie u. a. die Anstrengungen des Bundes, die Kommunen finanziell zu entlasten, etwa im Zusammenhang mit der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder den flüchtlingsbedingten Wohnkosten. Zwar seien die wirtschaftliche Lage und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte besser geworden, dennoch hätten viele Kommunen Finanzsorgen

und könnten notwendige Investitionen nicht tätigen. Gleichfalls sei das Thema der Flüchtlingsintegration von größter Bedeutung, auch im Zusammenhang mit den komplizierten Fragen der Wohnsitzzuweisung. Der Deutsche Landkreistag bringe sich engagiert und mit viel Sachverstand in die Bundesgesetzgebung ein, beispielsweise in Bezug auf das Bundesteilhabegesetz.

DLT-Präsident Reinhard Sager dankte der Bundeskanzlerin für die Würdigung der Verdienste des Deutschen Landkreistages und für deren Gesprächsbereitschaft und Wertschätzung der Arbeit der Landkreise, Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und -integration.

PERSONALIEN

Neue hauptamtliche Beigeordnete in den Landkreisen:

- Frau Erste Kreisbeigeordnete Diana Stolz (CDU), Landkreis Bergstraße
- Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. Jens Mischak (CDU), Vogelsbergkreis
- Herr Kreisbeigeordneter Karsten Krug (SPD), Landkreis Bergstraße

TERMINE

- **Rechts- und Europaausschuss**
Donnerstag, 06.10.2016, 10:00 Uhr, Bad Homburg
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Donnerstag, 13.10.2016, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Bezirksversammlung Süd**
Montag, 31.10.2016, 09:30 Uhr, Vogelsbergkreis
- **Bezirksversammlung Mitte**
Mittwoch, 02.11.2016, 10:00 Uhr, Gießen
- **Bezirksversammlung Nord**
Dienstag, 08.11.2016, 09:00 Uhr, Kassel
- **Gesundheitsausschuss**
Mittwoch, 09.11.2016, 10:00 Uhr, Eschwege
- **Präsidium**
Donnerstag, 17.11.2016, 16:00 Uhr, Bad Orb
- **Mitgliederversammlung / Jahrestagung**
Freitag, 18.11.2016, 09:00 Uhr, Bad Orb
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 24.11.2016, 10:00 Uhr, Marburg



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(geschäftsführend)
Direktor Matthias Drexelius

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

**ERSCHEINUNGSWEISE /
AUFLAGE**
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Hessischer Rundfunk (S.1)
Hessischer Landkreistag (S.2 und 3)
Deutscher Landkreistag (S.4)